

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die Kirche des Fürstentums Liechtenstein gemeinsam gestalten

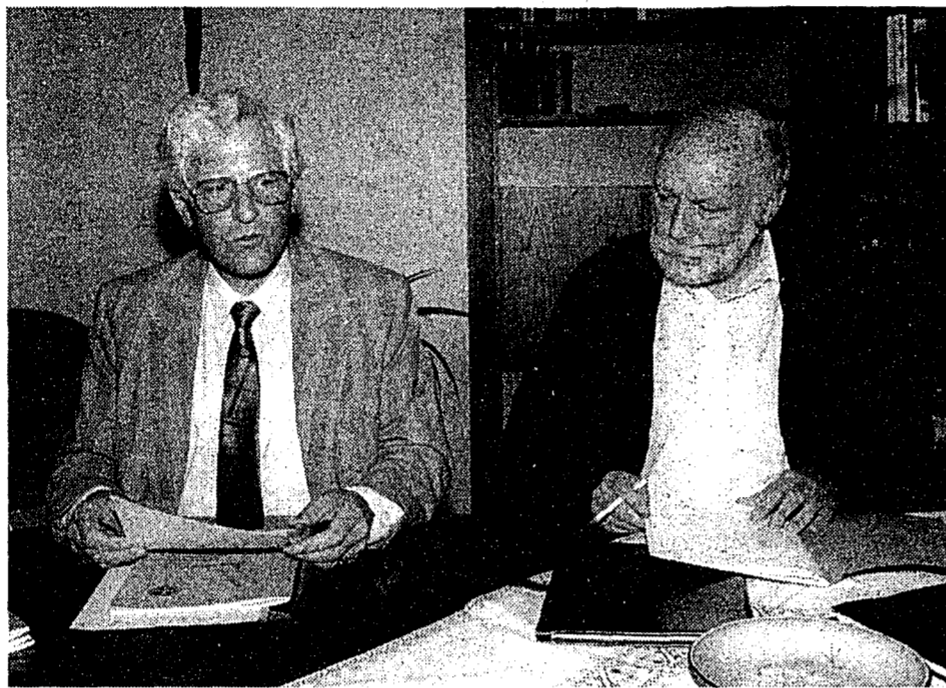
Das Dekanat lud erstmals zu einer Pressekonferenz – Umstrukturierungen prägten das Arbeitsjahr 1988

(s. e.) – Vor kurzem ist der Jahresbericht 1988 des Dekanats für das Fürstentum Liechtenstein erschienen. Der Landeseealseorgerat, das Liechtensteiner Fastenopfer, die Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung, das Haus Stein-Egerta, die Jugendarbeitsstelle sowie die Seniorenbetreuung als einzelne Gremien des Dekanats haben im Berichtsjahr wiederum eine Fülle von Aktivitäten hinter sich gebracht. Zur detaillierten Erläuterung des umfangreichen Berichtes luden Dekan Othmar Käli sowie der Präsident des Landeseealseorgerates und Vorsitzender des neugeschaffenen Administrationsrates, Edwin Kindle, am vergangenen Mittwoch erstmals zu einer Pressekonferenz.

Als wohl eindrücklichstes Ereignis im Jahr 1988 stellt der Dekan in seinem Bericht die Ernennung von Wolfgang Haas zum Weihbischof der Diözese Chur in den Vordergrund. Unser Land habe die Nachricht mit grosser Genugtuung und Freude aufgenommen, nicht zuletzt auch deshalb, weil das hohe Amt des Bischofs erstmals einem Liechtensteiner Bürger übertragen wurde.

Versammlungen – Personelles

Mitglieder und Gäste der Dekanatsversammlung trafen sich zu vier ordentlichen Sitzungen im Kapitalsaal des Pfarrhauses Benden, um die anfallenden Traktanden zu erledigen. Besonders erwähnenswert



Dekan Othmar Käli (links) und Edwin Kindle stellen den Jahresbericht des Dekanats Liechtenstein für das Jahr 1988 der Öffentlichkeit vor. (Bild: Brigitt Risch)

ist die Sitzung vom 14. September 88. Weihbischof Wolfgang Haas nahm daran teil. Die Aussprache ermöglichte einerseits, seine Konsequenz zum Ausdruck kommen zu lassen, mit der er für eine lückenlose Durchsetzung der Normen und Auffassungen in Kirchenrecht und Theologie gemäss derzeitiger Inter-

pretation des kirchlichen Lehramtes in Rom eintreten will. Andererseits berichteten Seelsorger vom Segen und der Bereicherung, die neue Formen und Vorgehensweisen wie die Bussefeiern mit sakramentaler Absolution und die Laienpredigt gebracht haben und wiesen auf die grossen Nachteile in der praktischen Seel-

sorge hin, sollten in diesen Dingen Abstriche gemacht werden.

Im personellen Bereich weist der Dekan auf die Neubesetzung der Pfarrei Ruggell durch den aus Polen stammenden Priester Josef Jopek hin und er dankt P. Ferdinand Zech für die Dienste als Pfarrverweser. Ein weiterer grosse Dank ergeht an den ehemaligen Redakteur des IN CHRISTO Can. Johannes Tschuur. Dieser redigierte während 54 Jahren das liechtensteinische Kirchenblatt und hat sich somit innerhalb des Dekanats und des Bischöflichen Ordinariats grosse Verdienste erworben. Im weiteren gibt der Dekan seiner Freude Ausdruck, dass in der Person von Marius Kaiser aus Mauren ein junger Mann das Theologiestudium in Chur aufgenommen hat und dass Frau Beate Kaschel als Pastoralassistentin in Schaan tätig geworden ist.

Neubestellung des Landeseealseorgerates

Im März 1988 hat sich der Landeseealseorgerat für die Amtsperiode 1988 bis 91 neu konstituiert: Edwin Kindle wurde zum Präsidenten, Josy Biedermann zur Vizepräsidentin und Cecile Malin zur Schriftführerin gewählt. In den Sitzungen wurden unter vielem die Statuten des Administrationsrates und der Dekanatskanzlei beraten und verabschiedet. Eine Arbeitsgruppe des Landeseealseorgerates

(Fortsetzung auf Seite 3)

Starker Anstieg der Beschäftigungszahl

Die Zahl der Beschäftigten wächst in unserem Land stärker als die Gesamtzahl der Einwohner. Auf Ende 1988 stieg die Beschäftigungszahl, wie aus dem Jahresbericht des Amtes für Volkswirtschaft hervorgeht, bei rund 28 200 Einwohnern auf 19 103 Personen an. Aus diesem unterschiedlichen Wachstum resultierte, dass von den rund 1000 neuen Arbeitsstellen etwas mehr als 700 von Grenzgängern besetzt werden mussten. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Grenzgänger um 12,5 Prozent auf 6395 (5687) Personen an.

Von den 19 103 Beschäftigten sind 352 (396) in der Land- und Forstwirtschaft sowie dem Gartenbau tätig. Der Anteil der Beschäftigten im ersten Wirtschaftssektor ist im letzten Jahr in absoluten Zahlen gesunken, und auch der Anteil an der Gesamtbeschäftigung ging auf 1,8 Prozent zurück.

Der zweite Wirtschaftssektor, Industrie und Handwerk, ist mit einem Anteil von 52,7 Prozent immer noch – gemessen an der Beschäftigungszahl – der bedeutendste Sektor. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Beschäftigungszahl um 5,9 Prozent auf 10 072 (9514) Personen an. In den industriellen und handwerklichen Betrieben beläuft sich der Anteil der Grenzgänger inzwischen auf 45,5 Prozent, oder mit anderen Worten: Jeder zweite Beschäftigte in der Industrie und in den Handwerksbetrieben stammt aus der Nachbarschaft.

Ein ähnliches Wachstum hat auch der dritte Sektor, die Dienstleistungen, zu verzeichnen. Nach einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 5,4 Prozent beläuft sich die Totalbeschäftigung auf 8679 (8234) Personen. Die Zahl der Grenzgänger in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen beträgt 1791 Personen oder 20,6 Prozent: Jeder fünfte Beschäftigte in den Dienstleistungsbetrieben pendelt also jeden Tag aus der Schweiz oder Österreich zu seinem Arbeitsplatz in unserem Land.

Markenwechsel beim Gelben Riesen

Bern (spk) Im Fahrzeugpark der PTT sind künftig einige neue Wagenexemplare zu bewundern. So wird die VW-Golf-Flotte durch den etwas kleineren Fiat Panda sowie durch eine Hochdachversion des Opel Kadetts ergänzt. Das letzte Stündchen wird bald mal den 400 Mowag-Einsatzfourgons schlagen. Ein Mercedes-Modell soll die aus Kreuzlingen stammenden Fahrzeuge ersetzen.

Ölverbrauch ist stark gewachsen

Paris (spk/dpa) Die Weltkonjunktur lässt den Ölverbrauch der westlichen Industrieländer immer schneller steigen. Wie aus dem Ölmarktbericht der Internationalen Energieagentur IEA hervorgeht, erhöhte sich die Ölfrage im 2. Quartal 1989 um zwei Prozent auf 35,8 Mio Barrel (mbd) pro Tag. Für das 3. Quartal wird eine Verbrauchssteigerung um drei Prozent auf 37,2 (mbd) erwartet.

Während in Europa der Verbrauch im 2. Quartal mit einem Prozent unterdurchschnittlich wuchs, verzeichnete Ostasien eine Zunahme um fünf Prozent. Das Jahresmittel dürfte – trotz des milden Winters in Europa – 37,5 mbd erreichen und damit knapp zwei Prozent höher liegen als 1988. Für das 1. Halbjahr 1990 wird mit einer weiteren Steigerung um 1,6 Prozent gerechnet.

Das Weltölangebot (ohne Staatshandelsländer) wuchs im Juli wegen der Wiederaufnahme der Förderung mehrerer britischer Ölplattformen um 1,4 Prozent auf 52,3 mbd.

Wird der autofreie Bettag eine regionale Aktion?

Regierungsrat Wilfried Büchel pflegt Kontakte mit den Kantonsregierungen St. Gallen und Graubünden

(G.M.) – Auch in diesem Jahr soll wieder ein autofreier Sonntag auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Die Regierung wird auf den 17. September 1989 einen entsprechenden Aufruf zum freiwilligen Verzicht auf das private Motorfahrzeug erlassen. Das Motto der Aktion dürfte sich, da die Verbindung mit dem Buss- und Bettag weitergeführt wird, an dasjenige der Vorjahre anlehnen: «In sich gehen, statt ausfahren.» Möglicherweise kommt es auch zu einer regionalen Aktion, denn Regierungsrat Wilfried Büchel pflegt derzeit Kontakte mit den Regierungen der Kantone St. Gallen und Graubünden.

Als der erste autofreie Sonntag am 21. April 1985 durchgeführt wurde, liessen die veröffentlichten Zahlen über die Verkehrsbewegungen im Vergleich zu einem «normalen» Sonntag auf eine beachtliche Akzeptanz der verkehrsfreien Aktion schliessen. Nach der sechsten Durchführung des freiwilligen autofreien Sonntags und der Verbindung mit dem inzwischen wiederbelebten Bettag im vergangenen Herbst stellte sich eine gewisse Ernüchterung ein. Die Zahlen der Verkehrszählungen an den beiden Hauptverkehrsknotenpunkten «Lindenplatz» (Schaan) und

«Aukreuzung» (Vaduz) liessen erkennen, dass die Zustimmung zur autofreien Aktion trotz des behördlichen verfügten Verbotes immer weiter abbröckelt.

Durchgangsverkehr als Problem

Bereits bei der ersten Durchführung des autofreien Sonntags zeigte sich, dass der regionale und internationale Durchgangsverkehr das eigentliche Problem und gleichzeitig ein Hindernis für einen durchschlagenden Erfolg darstellte. In der Argumentation der Bevölkerung ist der durch unser Land rollende Verkehr, nicht zuletzt aufgrund fehlender Autobahn-Vignetten an den Frontscheiben der ausländischen Automobile, zu einem «Stein des Anstosses» geworden. Allerdings wird mit dem Hinweis auf diesen Durchgangsverkehr auch oft das eigene schlechte Gewissen beruhigt, wenn einheimische Autofahrer auch an diesem Tag nicht auf ihr Motorfahrzeug verzichten wollen.

Regionale Zusammenarbeit in Sicht?

Die Regierung ist sich dieser Problematik bewusst. Doch so wenig sie einen behördlichen Zwang, beispielsweise

durch ein Fahrverbot für Privatfahrzeuge, ausüben möchte, so wenig möchte sie die Grenze für ausländische Fahrzeuge an diesem autofreien Bettag dichtmachen. Bei jeder der bisherigen sechs autofreien Aktionen wurde der freiwillige Charakter unterstrichen, der freiwillige Verzicht vor dem behördlichen Verbot hervorgehoben. Dies wird auch in diesem Jahr nicht anders sein.

Ändern könnte sich jedoch die bisherige «Insel-Situation» unseres Landes, indem erneut ein Versuch zu einer regionalen Zusammenarbeit unternommen wird. Wie uns Regierungsrat Wilfried Büchel auf Anfrage erklärte, steht er in Kontakt mit den zuständigen Regierungsstellen der Kantone St. Gallen und Graubünden über gemeinsame Aktionen. Ob eine Zusammenarbeit schliesslich zustandekommt, ist im Moment noch nicht sicher, aber es bestehen Absichten zu gemeinsamen Aufrufen oder Aktionen. Einen ersten Ansatz zur regionalen Zusammenarbeit hatte es bereits 1986 gegeben, als die liechtensteinische autofreie Aktion von den Gemeinden der Rheinischen Grenzgemeinschaft in der benachbarten Schweiz und im Vorarlberg unterstützt wurde.

Zuschüsse für Familien-Altenpflege in Vorarlberg

Neue Wege in Österreich: Pflegezuschüsse von bis zu 15 000 Schilling pro Monat

(VLK) – «Die Weichen für einen neuen Weg bei der Pflege unserer älteren Mitmenschen sind gestellt», bringt der Sozialreferent der Vorarlberger Landesregierung, Landesrat Fredy Mayer, die neueste Initiative des Landes auf einen Punkt. Einmal mehr wird das westlichste Bundesland wegweisende sozialpolitische Akzente in Österreich setzen. In einer gemeinsamen Aktion von Land und Gemeinden sollen ab 1990 erstmals Zuschüsse zur Altenpflege auch in der Familie ausbezahlt werden. Darauf einigten sich Vertreter des Gemeindeverbandes und des Landes.

Eigentlich wollte Mayer die Aktion bundesweit gestartet sehen: «Das ging uns aber zu wenig schnell, deshalb setzen wir nun ein Signal für ganz Österreich und beginnen selbst aktiv zu werden.» Mayer rechnet damit, dass dem Vorarl-

berger Beispiel schon bald auch andere Bundesländer folgen. «In Niederösterreich und in Salzburg hat unser Vorstoss grosses Interesse hervorgerufen» (Mayer).

Bis zu 15 000 Schilling pro Monat

Konkret geht es darum, älteren Menschen das Verbleiben in der Familie und in der gewohnten Umgebung so lange als möglich zu sichern. Deshalb sollen schon im nächsten Jahr erstmals diese neuen Familien-Altenpflegezuschüsse ausbezahlt werden. Das Land wolle damit aber auch die Wertschätzung all jenen gegenüber zum Ausdruck bringen, die jetzt schon mit grossem persönlichen Einsatz ohne finanziellen Anreiz ältere Menschen liebevoll zu Hause betreuen. Und in welchem Ausmass sollen laut Landesregierung Zuschüsse ausbezahlt werden? May-

er: «Die Eckdaten stehen schon fest: Zwischen 2000 und 15 000 Schilling sollen monatlich, je nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit und je nach Einkommen ausbezahlt werden.» Die Details werden in den nächsten Wochen ausgearbeitet, um «nach Möglichkeit schon zu Jahresbeginn 1990 starten zu können» (Mayer).

Die Gespräche mit den Gemeindeverbänden haben, so Mayer, eine sehr breite Zustimmung zu dieser Aktion signalisiert. Der vom Land angebotene neue Kostenschlüssel 50 Prozent Landes- und 50 Prozent Gemeindebeteiligung (abweichend vom Sozialhilfe-Schlüssel 25 Prozent Land und 75 Prozent Gemeinde) entlastet die Finanzkraft der Gemeinden und wurde von diesen deshalb gerne zur Kenntnis genommen. Insgesamt ist mit jährlichen Kosten von maximal 40 Millionen Schilling zu rechnen.

Milchpreisforderung von rund 15 Rappen

Bern (AP) Die Konsumenten müssen im kommenden Jahr mit einem deutlich höheren Milchpreis rechnen. Schweizer Milchproduzenten, Molkeereien und Handel wollen vom Bundesrat in diesem Herbst einen Ausgleich für die Teuerung und eine Anpassung an die Lohnentwicklung in der übrigen Wirtschaft fordern. Die Preisforderung dürfte rund 15 Rappen je Liter erreichen, erklärte der Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten (ZVSM), Samuel Lüthi, am Donnerstag zu einem Bericht der Tageszeitung «Vaterland».

Der Milchpreis war letztmals auf den 1. Februar 1988 angepasst worden, als der Bundesrat den den Produzenten zustehenden Grundpreis um fünf auf 102 Rappen je Liter erhöhte und den Molkeereien, Grossisten und Detailisten eine um 3,5 Rappen erhöhte Marge zugestand. Der Preis für einen Liter Pastmilch erhöhte sich im Verkauf um zehn Rappen auf 1,75 Franken, weil noch zusätzlich 1,5 Rappen abgeschöpft wurden, um die Milchrechnung zu entlasten. Leer gingen die Milchproduzenten dagegen bei den für dieses Jahr gestellten Preisforderungen aus.

Die Erhöhung der Milchproduzenten sieht eine Erhöhung des Grundpreises von sechs bis sieben Rappen vor. Dabei wird die Teuerung mit drei bis vier Rappen, die letztjährige (unerfüllte) Lohnforderung mit zwei Rappen sowie der erhöhte Rückbehalt gemäss dem neuen Milchwirtschaftsbeschluss mit einem Rappen eingesetzt.

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Aeulestrasse 74
Telefon 075 / 2 81 88